

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Freitag, den 8. November 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Ueber den Fortschritt des Sozialismus in Rußland

wird der „Volksztg.“ geschrieben:

Der Sozialismus ist nun auch in die Arme eingebrungen. Der Zar hat Befehl gegeben, eine Kommission zu organisieren, welche untersuchen soll, wie weit und tief die Stimmung der politischen Unzufriedenheit unter den Truppen Polens verbreitet ist. Es haben öfter Konflikte zwischen Soldaten und den Vertretern der Militärbrigade stattgefunden, die erkennen lassen, daß die russischen Soldaten sich nicht mehr als todte Werkzeuge in der Hand ihrer Vorgesetzten betrachten, sondern sich als Menschen fühlen und Menschenrechte verlangen.

Die Unzufriedenheit im Heere ist für die russische Regierung ein ominöses Wetterzeichen und für den Sozialismus ein achtbarer Fortschritt. In neuerer Zeit ist nie vorher in russischen Heere der Gehorsam des Unteroffiziers, wie man in Rußland dieses Wort versteht, in Frage gekommen. Die jetzige Wendung hat deshalb eine um so größere Bedeutung; sie besagt nichts weniger, als daß wieder eine Stütze des Absolutismus und der alten, überlebten Ordnung ins Wanken zu geraten droht. Der russische Absolutismus ruht bekanntlich auf drei Säulen, der Geistlichkeit, der riesigen Heeresmacht und dem Adel. Von diesen Säulen ist nur noch die erste, die Geistlichkeit, intakt. Der Adel gilt nur noch als ein Schatten seiner früheren Größe und Stärke. Seit der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 sind 50 bis 60 pCt. Ackerstücke in die Hände von Bürgerlichen übergegangen, und der Prozeß des Besitzwechsels dauert in Folge der Mißwirtschaft und Verschwendung des Adels ungehindert fort. Der russische Adel braucht selbst notwendig Hilfe und kann daher als ein politischer Hilfsfaktor nicht mehr gut in Betracht kommen. Außerdem darf man sich in Westeuropa unter dem russischen Adel nicht etwa durchweg die Vertreter eines sinnlos-starren Konservatismus vorstellen, die mit Leib und Seele an der Ordnung der asiatischen Zustände festzuhalten gewillt wären. Als Nikolaus II. den Thron bestieg, richtete der Adel des Gouvernements Twer an ihn ein Kollektiv-Gesuch um Einführung des Parlaments. Das besagt genug. Wenn nun auch im Heere nicht mehr alles so steht, wie es in moskowitischen Machthabern gefällt — ein großer Theil der Offiziere hat längst in politischer Gesinnung mit den alten Traditionen gebrochen — so bleibt, wie bemerkt, dem Absolutismus wirklich nur noch eine unverkehrte Stütze, die Geistlichkeit, übrig.

Noch nach einer anderen Seite hin hat die Idee der Freiheit einen Erfolg aufzuweisen. Auch in den Dörfern des Zarthums Polen und in den Nordwestgouvernements beginnt es zu tagen. In letzter Zeit, namentlich bei den neuesten Studentenunruhen, finden fort und fort Verhaftungen von Bauern statt. Dank der geistigen Finsterniß, welche die Geistlichkeit seit Jahrhunderten mit ihren Wundergeschichten und Lehren von der Anbetung irdischer Götzen verbreitet, sind die russischen Bauern stumpfsinnig und von einer Unwissenheit, die ebensowohl Verwunderung wie herzliches Mitleid erregt. Man könnte bei dem Gedanken verzweifeln, in diese Hirne politische Vernunft zu bringen und diese Augen sehend zu machen. Für den Sozialismus, der das Volk ruft und für das Volk kämpft, war das Volk das größte Hinderniß. Nun endlich durchbrechen die Lehren des Sozialismus die Finsterniß in den erwähnten westlichen Gebieten. Der kleine Sieg konnte in jetziger Zeit vielleicht auch nur darum möglich werden, weil die Westgebiete an Deutschland und Oesterreich angrenzen, woher sozialistische Lehren und Schriften trotz der Polizeigewalt eindringen. Auch die aus Deutschland und Oesterreich eingewanderten Arbeiter haben hilfreiche Hand geleistet. Ein förderndes Element zur Verbreitung des Sozialismus ist übrigens noch das kleine litauische Volk, das die russische Regierung im Russifikationsinteresse seit Jahren grausam verfolgt und sozusagen mit der Knete in den Sozialismus hineingepeitscht hat. Daß man wirklich von Erfolgen der Lehren des Sozialismus unter den Bauern des Westgebietes reden darf, beweist andererseits der Umstand, daß die Regierung sich veranlaßt fühlte, für die dortige Bauernschaft eine eigene Zeitung unter dem Titel „Aufklärung“ zu gründen. Das Organ, dessen Titel wie eine Satire klingt, hat die Aufgabe, den Absolutismus zu glorifizieren und dadurch als Gegengewicht gegen die sozialistische Bewegung zu wirken. Der „Aufklärung“ gelingt es nun freilich nicht, das Licht auszulöschen, das dort aufgeflackert ist, und die Armen für die Verehrung der eisernen, unbarmherzigen Faust zu begeistern, die so schwer auf dem Reich lastet. Das Volk liest nicht die Regierungszeitung, und wo man durch besondere Verhältnisse und Umstände gezwungen ist, auf das Organ zu abonnieren, da holt man es von der Post nicht ab. Keulich erging von den Behörden ein Befehl an die Landgemeinden, die auf den

Postämtern angesammelten Stöße der „Aufklärung“ heimzubringen.

In der Bauernschaft aller übrigen Gegenden des Reichs sind allerdings keine derartigen Symptome wie im Westen wahrzunehmen. Das Volk liegt da noch meistens in tiefem Schlafe unter dem Kreuz der Kirche, und die Landesverwaltung hat nur die eine Sorge, dem Schlafenden regelmäßig die Kopfen aus der Tasche zu ziehen.

Nicht so steht es bei den städtischen Arbeitern. Man kann wohl sagen, in jeder größeren Fabrikstadt träumt die Arbeiterchaft von einer neuen Zeit, und wenn der Druck des geküchelt geschützten Kapitalismus allzu schwer wird, dann geht eine Bewegung durch die Scharen der Enterbten und sie pochen auf ihre Menschen- und Bürgerrechte. Die Arbeiterstreiks sind in Rußland jetzt eine ebenso häufige Erscheinung wie in Westeuropa.

Es kann von einem raschen Wachsen und Gedeihen des russischen Sozialismus nicht gut die Rede sein, obgleich die Entwicklung der Bewegung seit ihrem Anfang im Jahre 1874 auch nicht gerade mit Kinderstritten vor sich gegangen ist. Die gegnerische Macht der Regierung hemmt wesentlich die Propaganda, sie kann nur ängstlich im Verborgenen ihre Arbeit thun. Und sie geht dabei des großen Werbe- oder Anziehungsmittels verlustig, wie die offene, wirkende That es ist. Die Verfolgung seitens der Behörden, der Kerker, die Knete und die Volksausbeutung kommen jedoch andererseits dem Sozialismus insofern zu gute, als dadurch mehr und mehr das Volk dem Sozialismus mit Gewalt in die Arme getrieben wird. Eine verkehrte, faktische Wirkung, welche die Regierung zur Vernunft bringen müßte. Eine weitere Schwierigkeit für den russischen Sozialismus bei seinem Fortkommen bildet die Zerfahrenheit und Einseitigkeit seiner Lehren. Es fehlt in Rußland eine einheitliche Theorie; dazu kommt noch zu viel scholastische Dogmatik. Die sozialistischen Prinzipien von Kowalew, Bafunin und Krapotkin aus den siebziger Jahren sind heute noch nicht gehörig geklärt und der Zeit angepaßt, trotzdem der russische Sozialismus mit dem westeuropäischen in enger Fühlung steht. Gelingt es dem russischen Sozialismus, mit einem klaren, volkstümlich gefaßten Programm vor das Volk zu treten, so würden die Polizeikünste des Absolutismus bald verjagen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Das Defizit im Reichsetat, das bisher auf hundert Millionen Mark geschätzt wurde, soll sich nach der „Nationalzeitung“ bei der endgültigen Aufstellung des Etatsentwurfes für den Bundesrath auf 140 Millionen Mark gesteigert haben. Auch in Preußen werde mit einer sich ungefähr ebenso hoch belaufenden Verschlechterung des Etats für 1902 im Vergleich mit dem des Jahres 1901 gerechnet, da zu der Steigerung der preussischen Matrikularbeiträge eine beträchtlich geringere Veranschlagung der direkten Steuern und der Eisenbahn-Ueberrückflüsse hinzukomme.

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen, durch die ein Drittel der 144 Mitglieder zählenden Stadtverordnetenversammlung erneuert werden soll, haben Mittwoch mit den Wahlen der dritten Abtheilung begonnen, die im Ganzen 16 Stadtverordnete neu zu wählen hatte. Zur Wahl standen der 4., 9., 10., 11., 12., 22., 23., 29., 32., 34., 35., 36., 41., 44., 45. und 48. Kommunalwahlbezirk. Es kandidirten dort der Reihenfolge nach die Genossen: Zubeil, Dr. Alfred Bernstein, Zubeil, Meßner, Gottfried Schulz, Dr. R. Friedeberg, Basner, Dr. R. Friedeberg, Karl Liebknecht, Kamlow, Wurm, Dr. Weyl, Babel, Th. Glocke, Karl Liebknecht und Pfannkuch. Die Stimmgabe wurde um 8 Uhr Abends geschlossen. Die Gemeindevahlen erfolgen nach dem Jenius, der Steuerleistung in 3 Klassen, deren jede für Berlin 48 der 144 Stadtverordneten zu wählen hat. Nach den neuen Bestimmungen erfolgt die Dritttheilung bei der Bildung der Abtheilungen in der Weise, daß jeder Wähler, der mehr als den Durchschnittsbetrag steuert, der zweiten oder ersten Klasse zuzurechnen ist. Von der Erlaubniß des Gezeßes, durch Ortsstatut Änderungen anzubringen, wie das vornehmlich in rheinisch-westfälischen Städten geschehen ist, hat Berlin keinen Gebrauch gemacht. Der Durchschnittsbetrag an Steuern beträgt in Berlin 219,60 Mark; wer also mindestens diese Summe bezahlt, kommt in die zweite Wählerklasse, während bisher die Mindeststeuerleistung in zweiter Klasse 1095,40 Mark war. Nach den früheren Bestimmungen entfielen in Berlin auf je 1000 Einwohner Wähler in der dritten Klasse 175,50, in der zweiten 4,40, in der ersten Klasse 0,39. Nach den bei der Regierung aufgestellten Berechnungen entfallen nach dem neuen Gesetz auf je 1000 Einwohner in Berlin in der dritten Klasse nur 162,60 Wähler, also neun Prozent weniger, während in der zweiten Klasse sich die Zahl verdreifacht von 4,40 auf 16,6, in der ersten Klasse sich verdoppelt von 0,39 auf 0,78. Nach der Wählerliste für ganz Berlin entfallen von 336 285 Wählern 3 073 51 auf die dritte Abtheilung, 27 484 auf die zweite und 145 0

auf die erste Abtheilung. — Ueber das Resultat der gestrigen Wahlen liegt erst folgende Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus vor: Nach bisheriger Feststellung wurden 13 Sozialdemokraten und 3 Liberale gewählt; bisher waren die Bezirke vertreten durch sieben Sozialdemokraten, acht Liberale und einen Konservativen. Demnach hätten also unsere Berliner Genossen so gut wie alle zur Wahl stehenden Mandate erobert, ein Erfolg, der nicht hoch genug anzuschlagen ist! Wir beglückwünschten unsere Berliner Genossen zu ihrem Siege, der sicherlich auf die Thätigkeit der Genossen in der Provinz ermutigend und anfeuernd wirken wird. Da die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten bisher 22 Mann zählte, wird sie in Zukunft 28 Mann stark sein.

Auch unsere Hallenser Parteigenossen haben bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abtheilung ganz vorzüglich abgeschnitten. Es gelang ihnen, von neun Kandidaten deren drei durchzubringen, so daß nunmehr fünf Parteigenossen in der Hallenser Stadtverordneten-Versammlung sitzen. Bravo, bravissimo!

Sächsische Pressefreiheit. Vor dem Schöffengericht zu Klingenthal hat sich kürzlich eine Verhandlung abgepielt, die die sächsische Pressefreiheit für sozialdemokratische Zeitungen grell beleuchtet. Es handelt sich allerdings um einen einzelnen Fall, aber er ist typisch, wenn auch andere Richter verstehen, ihre Urtheile geschickter mit juristischen Gründen zu verkleiden, als der Amtsrichter in Klingenthal. Der Genosse Albert, Redakteur vom „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau, war vom Amtsblatt für Klingenthal wegen Beleidigung verklagt worden. Die Ehre des Amtsblattredakteurs soll durch eine Notiz in unserem Zwickauer Brudersblatt verletzt worden sein, durch die eine ordinäre Verleumdung der sozialdemokratischen Partei zurückgewiesen wurde. Das erwähnte Ordnungsbuch hatte nämlich anlässlich der Einsammlung von Unterschriften auf die Petition gegen den Brodwucher geschrieben:

Durch eine skrupellose Ueberrumpelungs-Taktik, durch trügerische Künste der Verschleierrung und Verdrehung werden diese Unterschriften von der unwissenden Menge, namentlich auch von Frauen und Mädchen, herausgepreßt. Man erseht aus der Art des Betriebes auf's deutlichsche, daß die ganze Sache ein künstliches Nachwerk oder, um einen drastischen aber zutreffenden Ausdruck zu gewinnen, vollen deder Humbug ist.

Gegen solche ohne einen Schatten eines Beweises vorgebrachte Verdächtigungen, die im Interesse der Brodwucherer vom Stapel gelassen wurden, war die schärfste Abfertigung am Plage und jedes Gericht hätte die Niederträchtigkeit der beweislosen Anschuldigung berücksichtigen müssen, wenn die Abwehr etwas scharf ausgefallen wäre. Der Klingenthaler Amtsrichter war aber anderer Meinung. Obwohl das Klingenthaler „Wochenblatt“ auch auf eine spezielle Aufforderung des „Sächs. Volksblattes“ nicht einmal den Versuch unternommen hat, die ordinäre Anschuldigung zu beweisen, bekundete der bezeichnete Richter, vor dem Genosse Albert stand, in der Verhandlung die Ansicht, unser Zwickauer Parteiorgan habe gar kein Recht zu einer Erwiderung gehabt, weil nur „die Sozialdemokratie im allgemeinen“ angegriffen worden sei. Das ist eine richterliche Anschauung, welche die Amtsblätter mit Jubel aufnehmen werden. Jetzt können sie ruhig mit den albernsten Lügen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie operieren, sie sind ja förmlich gefeit gegen eine Zurechtweisung. Nur ein scharfes Wort gegen den Verleumder in der sozialdemokratischen Presse und der Redakteur, der „unberechtigterweise“ abgewehrt hat, wandert hinter schwedische Gardinen, wo er einige Wochen über den Unterschied der Pressefreiheit nachdenken kann! Die Verhandlung ist aber auch sonst bemerkenswerth. Auf den Einwand des Vorsitzenden, das „Sächsische Volksblatt“ habe kein Recht zur Abwehr, weil es nicht genannt sei, zudem habe ja der Angeklagte gar nicht wissen können, ob es nicht an dem sei, was im „Kl. W.“ geschrieben wurde, antwortete Genosse Albert: „Das wußten wir sogar sehr gut. Die Erregung der Bevölkerung über den Zolltarif ist eine derartige, daß uns die Unterschriften mit freudigem Herzen und freiwillig gegeben wurden. Ja, selbst aus den uns fernstehenden Kreisen, aus der bürgerlichen Gesellschaft, ja sogar von Staats- und anderen Beamten haben wir die Unterschriften zu verzeichnen.“ Darauf der Vorsitzende: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich mit dieser Behauptung einer Beamterbeleidigung schuldig machen! Beamte sind nicht Sozialdemokraten, und wenn Sie ihnen das untergeschoben, so ist das beleidigend für dieselben.“ (!!) Die weiteren Verhandlungen drehten sich um die Frage, was das „Sächsische Volksblatt“ mit der Anschuldigung zu thun habe. Dabei geißelte der Angeklagte mehrfach das Verhalten dieses Amtsblattes und führte dabei u. a. aus: „Wenn ein Amtsblatt, das es doch mit der Wahrheit ganz besonders gewissenhaft nehmen sollte, derartige Behauptungen aus der Luft greift, oder was dasselbe ist, unbesehen und unkontrollirt anderen Blättern nachdruckt, und wird daraufhin zur Rede gestellt,



so ist es einfache Anstandspflicht, entweder die Beweise zu erbringen oder zu revozieren. Und wenn dann der Amtsblattredakteur nicht einmal den Wutth hat, persönlich vor Gericht zu erscheinen, so daß man ihm Aug in Aug gegenübersehen könnte, so beweist das, daß es diesem nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Verschimpfung ankommt — was ja leider bei Amtsblättern typisch ist. Der Rechtsanwält des Klägers schlug Löne an, die lebhaft an die in den Amtsblättern erinnerten und von der Erziehung des Bürgerturns durch diese Presse Zeugnis ablegten. Er erklärte einfach, es sei notwendig gewesen, gegen den sozialdemokratischen Unfug einzuschreiten. Im Uebrigen operierte er mit den Behauptungen des Amtsblattes. Daß dieses Verfahren dem Geschwam und den Anschauungen des Klingenthaler Amtsrückers entspröchen hat, zeigt das Urtheil und dessen Begründung deutlich. Genosse Albert wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. In der Begründung dieses Spruches aber heißt es: Entschuldigungsgründe habe der Angeklagte für seine Noth, die ehrverletzende Äußerungen schwerer und leichter Art enthalten habe, nicht angeführt. Es könne von einer Zurückweisung oder einer Abwehr keine Rede sein, denn das „W. f. N.“ habe nicht das „S. W.“, sondern die sozialdemokratische Partei angegriffen (!). Der Angeklagte habe ferner den Wahrheitsbeweis nicht erbracht. (Wofür denn?) Daraus, daß der Amtsblattredakteur auf die Herausforderung des „S. W.“ geschwiegen habe, folge doch nicht, daß sich derselbe schuldig gefühlt habe. Wenn auch zugegeben sei, daß der Presse das Recht, wenigstens in gewissem Umfange, nicht abzuschneiden sei, öffentlich Angriffe auf politische Parteien zurückzuweisen, so sei doch in diesem Falle das Recht überschritten worden. Mit Recht (!) habe der Verteidiger darauf hingewiesen, daß Geldstrafen den Angeklagten nicht träfen, und aus diesem Grunde sei auf eine Freiheitsstrafe erkannt worden. — Jetzt ist der Weg frei für die Verleumdungsarbeit der Amtsblätter. Nicht einmal auf die Finger dürfen sie von der sozialdemokratischen Presse geklopft werden, wenn sie es einmal gar zu arg machen, denn diese hat dazu — kein Recht. So hat wenigstens das Amtsgericht zu Klingenthal entschieden. Wie wir hören, hat das Klingenthaler Urtheil im Adresshause in der Königsstraße, als man es dort erfuhr, so großen Jubel erregt, daß man beschlossen hat, zu illuminiren.

Aus der Kommission für Arbeiterstatistik ist der zum Präsidenten des Aufsichtsamts für das Privatversicherungswesen ernannte Dr. v. Wöpdke ausgetreten. Damit hat der bei der Zwölftausendmark-Affäre so viel genannte Herr den letzten Posten aufgegeben, in welchem er sich mit der Sozialpolitik zu beschäftigen hatte. Für die Arbeiter ist das kein Verlust, denn er war immer der Vertreter des reaktionären Elements. In seiner Stelle ist seitens des Bundesraths, der in diesem Falle die Ergänzungswahl vorzunehmen hat, Wöpdke's Amtsnachfolger im Reichsamts des Innern, Caspar, als Mitglied in die genannte Kommission berufen worden.

Der Untergang des Kreuzers „Wacht“ vor dem Kriegsgericht. Am Mittwoch fand vor dem Geschwader-Kriegsgericht in Kiel die Prozessverhandlung wegen des Unterganges des kleinen Kreuzers „Wacht“ in der Nähe von Vancora statt. Die Verhandlung fand am Bord des Linienkreuzers „Kaiser Wilhelm II.“ statt. Sie war unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Bemühungen der Berichterstatter, wenigstens der nach dem Geiz stets öffentlich vorzunehmenden Urtheilsverkündung beizuwohnen, scheiterten, da der Gerichtsherr des ersten Geschwadergerichts, Konter-Admiral v. Pittwih und Gaffron auf Grund der Ergänzung des Paragraphen 233 der Militärstrafgerichtsordnung unter Hinweis auf die dem Gericht am Bord zur Verfügung stehenden beschränkten Mündlichkeiten die Einlasskarte verweigerte. Das Kriegsgericht fand unter dem Vorsitz des Kommandanten des Linienkreuzers „Kaiser Wilhelm II.“, Kapitän zur See Glüh, statt. In der Sitzung waren zahlreiche Zeugen geladen, darunter der General-Inspekteur der Marine, Admiral von Köster.

Sind die Gewerkschaften Versicherungsanstalten? In Braunschweig werden neuerdings die Gewerkschaften nach Mittheilung des „Braunschweiger Volksfreunde“ von den Behörden für „Versicherungs-Anstalten“ erklärt und angefordert, ihre Statuten dem Staatsministerium zur Genehmigung einzureichen. Bei den Tabakarbeitern fung man damit an, wandte sich dann den Bergarbeitern zu und wendet jetzt die behördliche Aufmerksamkeit den Metallarbeitern. So haben neuerdings auch die Filialen des Metallarbeiter-Verbandes in Helmstedt und Schainigen die bewußte Aufforderung erhalten. Die Gewerkschaften haben sich an die Forderung bisher in keiner Weise geknüpft und ihre Thätigkeit ruhig fortgesetzt. Soviel bisher bekannt, ist nur die Verwaltung der Stadt Braunschweig in dem gelaufen, die betreffenden Filialen anzukündigen und die Bücher und Gelder zu beschlagnahmen. Der „Braunschweiger Volksfreund“ erhebt nun gegenüber diesen Aktionen den Vorwurf der Ungeheuerlichkeit und begründet denselben ausführlich. Bei der Durchberatung des Entwurfs zu dem neuen Versicherungsgesetz im November vorigen Jahres erklärte im Reichstag der Kommissar des Bundesraths Grauer ausdrücklich, daß die Gewerkschaften nicht unter das Versicherungsgesetz fallen sollten. Aber noch mehr: Der Reichstag fügte dem § 1 der Versicherungsgesetze ausdrücklich folgenden Passus an: „Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Personen-Vereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen.“ Dieser Zusatz wurde auch vom Bundesrath angenommen, in dem Gesetz geworden. In den Statuten der in Braunschweig von den politischen Maßnahmen betroffenen Gewerkschaften ist nun überall ausgesprochen, daß den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung nicht zusteht. Die Rechtslage ist demnach eine völlig klare, jeden Zweifel ausschließende. Das Vorgehen der Behörden ist unter diesen Umständen nun so verwerflicher, als es sich nicht an Widerstandswisse antragender Verwaltungsergane handeln kann, denn das Vorgehen der Behörden ist ein hypothetisches und die Aktion hat überall seit zur selben Zeit begonnen, zweifellos folgen die Polizeiverwaltungen einer Anregung von oben. — Das braunschweigische Staatsministerium wird gut thun, der Urheber des unglücklichen Vorgehens gegen die Gewerkschaften

ausfindig zu machen und ihm zu bedenken, daß Gewerkschaften keine „Versicherungsanstalten“ sind, daß sie lediglich den vereinbargewählten Bestimmungen, nicht dem Versicherungsgesetz unterliegen.

**Kleine politische Nachrichten.** Die polnischen Zeitungen Oberösterreichs richteten eine Kollektivklage gegen die Bojener „Bracia“, welche polnische Abgeordnete für Oberösterreich verlangt hatten, und erklärten, am Perzium festhalten zu wollen. — In einem kaiserlichen Umerbefehl wird dem ostasiatischen Expeditionskorps die „volle und wärmste Anerkennung“ ausgesprochen. Es habe „überall, wo es dem Feinde entgegentrat, in zahlreichen Kämpfen unter schwierigen Verhältnissen des Klimas wie des Landes Broden glänzender Tapferkeit, zäher Ausdauer und treuer Pflichterfüllung geliefert.“ — Wegen Majoritätsbeleidigung ist in Köln vom Kriegsgericht der wegen desselben Vergehens mit 3 Jahren Gefängniß verurtheilte Militärgefangene Engels zu der furchtbaren Strafe von 5 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Das Dresdener Oberverwaltungsgericht erkannte Mittwoch in der Anfechtungsklage des Theaterdirektors Kurz gegen das behördliche Aufführungsverbot von Hauptmann's „Weber“ durch die Kreisoberbehörde die Verpöschung auf Aufhebung des Verbotes und Freigabe des bisher in Sachen verboten gemessenen Stückes in den von kurz angebotenen Abänderungen. — In allen Kohlebergwerken der Grafschaften Südwalde und Month mouth ruhte Mittwoch abermals die Arbeit. In den Bergammlungen, die die Bergarbeiter abstellen, wurden, einer polnischen Drahtung zufolge, weitere Arbeitsstellen an einzelnen Tagen angebrocht. — Dienstag Abend um 7 Uhr fand ein Zusammenstoß zweier Hüge zwischen den Stationen Gornal und Bania auf der Linie Sofia-Adamow statt. Drei Personenwagen wurden zertrümmert, 20 Passagiere sind todt oder verundet. — Zwei türkische Beamte der Staatsverwaltung, Emin Zim und Ahmet Neger, sind nach einer Verurteilung des „Berl. Tagebl.“ zu lebenslänglichem Kerker verurtheilt worden, weil sie mit dem jugoslawischen Journalisten Risa By im geheimen Briefverkehr standen. — Die Mutter aus Pasing meldet, liegt V. P. in der Klinik im Sterben. Wie oft hat nicht der alte B. innerhalb des letzten Jahres schon herben wollen, ohne daß es dazu kam!

**Oesterreich-Ungarn.**

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie verhandelte Dienstag über die Zoll- und Handelspolitik. Genosse Kautsky als Referent vertrat den freihändlerischen Standpunkt; Korreferent Dr. Karpel's trat für Erziehungszölle ein, für die österreichische Industrie sei es nicht möglich, sich für Freihandel festzusetzen. In der Debatte erklärten sich sämtliche Redner gegen Karpel's. Das Schlusswort gegen Karpel's hielt Kautsky unter stürmischem Beifall, warnte vor der abschüssigen Bahn, da aus fremden Industriezöllen leicht fremde Agrarzölle werden könnten. Eine gemeinschaftliche Resolution Kautsky-Karpel's wurde schließlich einstimmig angenommen. — (Ueber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung des Parteitages „Programmrevision“ werden wir ausführlich berichten.)

Endlich ist wieder ein Anarchist gefaßt. Aus Jannitz in Mähren kommt die Kunde, daß dort ein Mann verhaftet wurde, welcher über Namen und Herkunft jede Auskunft verweigert. Man fand bei ihm Waffen, Vorrichtungen zur Herstellung von Sprengstoffen, anarchische Schriften etc. Die Polizei glaubt einen gefährlichen Anarchisten gefaßt zu haben. — Die Polizei glaubt dergleichen ja so gern! Häßlich ist es aber von den Anarchisten, daß sie stets ihr gesammtes Belastungsmaterial bei sich tragen; so wird der schöne Glaube der Polizei immer unermesslich gestärkt.

**Frankreich.**

Ueber die Blockade der Häfen von Mytilene liegen neue Einzelheiten nicht vor, weil eine direkte telegraphische Verbindung mit dem französischen Geschwader nicht besteht. Von dem Geschwader Caillauds sind übrigens der Kreuzer „Arcois“ sowie die Torpedobojenboier „Epee“ und „Espignol“, die weniger schnell fahren, noch nicht eingetroffen. Die in Konstantinopel stationirte „La Monette“ folgt nach. Beim Geschwader befindet sich auch ein Unterzebooi. Die Okkupation hat kaum irgendwo besonderen Eindruck gemacht; höchstens in Rom zeigt sich einige Erregung. Man rechnet in Paris mit einer langen Blockade, glaubt aber, mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Kollision mit anderen Mächten, nicht an eine Ausdehnung der Operationen auch auf Smyrna. Das nationalantike „Echo de Paris“ läßt sich des Ferneren aus Konstantinopel melden, man besürchte dort, daß die griechische Bevölkerung von Mytilene, die schon seit langem den Anschluß an Griechenland anstrebe, durch die Ankunft des französischen Geschwaders zum Aufstande ermutigt werde. — Die Londoner Blätter geben der Verjorgung Rum, der franco-türkische Konflikt könne zu internationalen Verwicklungen führen, sie rathen aber der Türkei dringend, nachzugeben, und weisen jede Rechnung der Pforte auf italienische oder englische Unterstützung der Türkei als aussichtslos energisch zurück. Wie dem „Hamb. Corr.“ noch aus Konstantinopel gemeldet wird, erhielten die türkischen Militärbehörden des Archipels folgende Instruktionen: Vermeidung blutiger Konflikte mit den Franzosen, Beschränkung auf passive Widerstand und energische Proteste. Das Dardanelles-Kommando dagegen wurde angewiesen, die eventuelle Durchfahrt der französischen Flotte gewalttham zu hindern. — Mytilene ist ursprünglich nur der Name der Hauptstadt, wird aber auch für die ganze Insel gebraucht, die sonst Lesbos, türkisch Mikidilli, heißt. Es ist die größte und schönste Insel an der Küste von Kleinasien, hat 1750 Quadratkilometer Oberfläche und wird von etwa 100 000 Griechen und 12 000 Türken bewohnt. Der jährliche Handel wird auf 25 bis 28 Mill. Mark geschätzt. Die Stadt Mytilene zählt ungefähr 20 000 Einwohner. Die Franzosen haben da also ein recht werthvolles Land gewonnen.

**Transvaal.**

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ueber Senjor's Niederlage bei Vethel - Berkenlaage theilt eine neuerliche Meldung Kitchners noch folgende Einzelheiten mit: Senjor marschirte auf Bruggen, das Wetter war häßlich und regnerisch. Der Feind wurde während des Marsches in Schach gehalten und Verwundete beiseite. Der Nachschub mit zwei Geschützen unter Bedeckung des zweiten jhottischen Reiter-Regiments wurde auf einem Höhenrücken positionirt, angesehentlich unter Schußweite vom Lager. Der

Angriff der Buren auf die rechte Flanke des Nachschubes wurde zurückgeschlagen, und die Bedeckung der 2. schottischen Reiter wurde ins Lager gebracht, als die Buren unter dem Schutze des bergigen Geländes die Anhöhe umzingelten und angriffen. Infolge des heftigen Hagelsturms wurde der Angriff im Süden nicht bemerkt, bis die Buren bis an die Geschütze gelangten, von wo sie die Eskorte niederschossen. Oberst Benjon und Oberst Guinness stießen bei den Geschützen. Da gleichzeitig ein Angriff auf das Lager stattfand, so konnte keine genügende Unterstützung gesandt werden. Die Buren konnten die Geschütze nicht wegnehmen, bis die englische Ambulanz hinausging, unter deren Schutze (?) die Buren die Geschütze formahmen. Die Buren zogen sich auf lange Schußweite zurück und unterhielten bis zum 31. Oktbr. das Feuer, machten aber weiter keinen Angriff. Ihre Verluste sollen schwer sein, doch ist eine sichere Schätzung unmöglich. — Es ist höchst merkwürdig, daß, wenn die Engländer eine Niederlage erleiden, das Wetter stets so grundschlecht ist. Anscheinend sollen damit die Niederlagen in gewisser Beziehung entschuldigt werden.

Ein Dementi bringt der Brüsseler „Petit bleu.“ Er erklärt formell die Nachricht für falsch, daß die Vertreter Transvaals und des Orange-Freistaats in geheimen Zusammenkünften in Holland Repräsentationen gegen die gefangenen englischen Offiziere beschloßen hätten. Der Beschluß ist also Botho, Schalk Burgher und Steijn überlassen.

Wie das Kriegrecht im Kapland gehandhabt wird, dafür liefert einen Beweis folgende Meldung aus London: Der Justizauschuss des Geheimen Rathes verwarf in seiner Sitzung am Dienstag, an der auch der Oberichter der Kapkolonie theilnahm, das Prüfungsgesuch des Notars Marais in Paarl (Kapkolonie), der dort am 15. August von den Militärbehörden wegen Uebertretung der militärischen Vorschriften ohne genauere Angabe seines Vergehens verhaftet und darauf nach Beaufort-West gebracht wurde, wo er seither gefangen gehalten wird, ohne vor den Richter geführt zu werden. Das Gesuch Marais lautete auf Zulassung seiner Berufung gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Kapkolonie, welcher seinen Antrag auf Freilassung aus dem Militärgewahrsam abgelehnt hatte. Die Ausführungen seines Anwalts bewegten sich hauptsächlich um die Frage, ob das Kriegrecht in Paarl unndthigerweise verkündet wurde oder nicht.

Ueber die Hinrichtung des Leutnants Cordua, die seiner Zeit auf Befehl des Lord Roberts geschah, wird dem „Leipz. Tagebl.“ von einem Augenzeugen berichtet: Um das Schicksal des unglücklichen zwanzigjährigen Jünglings, der durch englische Spizel in den Tod gelockt wurde, noch möglichst niederträchtig zu gestalten, hat man ihn nicht den ehrlichen Soldatentod gegönnt, ihn nicht von vorn in die Brust geschossen, sondern man hat ihn an einen Stuhl angebunden, fünf Tommies (Soldaten) legten dann von hinten ihre Flinten gegen ihn an und schossen mit der bei ihnen üblichen Sicherheit so, daß Cordua vor unerträglichen Schmerzen laut aufbrüllte. Ein Offizier trat dann mit dem Revolver heran und schoß ihm eine Kugel durch das Ohr. Dann nahm man seinen Leichnam und warf ihn in eine mit ungelöschtem Kalk gefüllte Grube, „wie ein krankes Vieh“, meint der Gewährsmann des Leipziger Blattes — sodaß nach vierzehn Tagen jede Spur von ihm verlikt war.

Im „Morning Leader“ konstatiert ein Einsender, der sich als „Engländer“ unterzeichnet, daß er sich das kleine Privatvergnügen gemacht habe, während der vergangenen vier Monate die täglich in den Londoner Morgen- und Tagesblättern angegebenen Verluste der Buren zu notiren. Da aber in der genannten Zeit die buriische Verlustliste schon über die Hunderttausend hinausging, während die von den englischen Truppen angeblich erbeuteten Pferde, Schafe, Ochsen, Wagen usw. schon den sieben Ziffern sich näherten, so habe er das Zählen aufgegeben, fürchtend, daß seine Rechenkunst einer solchen Berichterstattung nicht standhalten könne. Das radikale Blatt „Reynolds's News paper“ gab schon vor mehreren Monaten die Verluste der Buren nach den in London veröffentlichten Zahlen auf mehr als 300 000 an, und knüpfte daran die ironische Betrachtung, daß auf diese Weise der ganze Krieg den Buren auf die Dauer über eine Million Menschen kosten würde.

**Verzünigte Staaten.**

Bei den städtischen Wahlen in New-York, die Dienstag stattfanden, haben die Feinde der herrschenden Parteikorruption große Erfolge gehabt. Der Riesenkügel, der die Metropole der Union seit langen Jahren beherrscht und anshentet, „Tammany-Hall“, ist zu Boden geworfen; mit beträchtlicher Mehrheit, 30 000 Stimmen oder darüber, ist der Anti-Tammany-Kandidat, Low, zum Mayor (Oberbürgermeister) von Groß-New-York gewählt worden. Außer der Wahl des Mayors selbst wird auch die Wahl sämtlicher Kandidaten der Tammany feindlichen Liste für die anderen städtischen Posten als sicher angesehen. Präsident Roosevelt richtete an den neugewählten Mayor Low ein Telegramm, in dem er ihn zu dem übermächtigen Triumphe der ehrlichen Elemente beglückwünscht.

In San Franzisko wurde Schmitz, der Kandidat der „Union of Labour“, mit einer Mehrheit von 2500 Stimmen zum Mayor (Bürgermeister) gewählt.

**Wüthen und Nachbargebiete.**

Donnerstag, den 7. November.

Achtung Schuhmacher! Infolge Differenzen ist über die Lübecker St. Lorenz-Beschauanstalt, Inhaber R. Kroll, Catharinenstraße 45, die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten. Die Lokalkommission.

Gegen den Brodwücher! Die Sammlung der Unterschriften im Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck hat trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die sich auch hier den Sammlern in den Weg stellten, ein zufriedenstellendes Resultat ergeben. Es haben insgesammt 13 658 Personen die Petitionsbogen unterzeichnet. Bei der letzten Reichstagswahl wurden insgesammt 17 579 gültige Stimmen abgegeben. Vergleiche man diese beiden Zahlen, so findet man, daß sich der überwiegende Theil unserer Bevölkerung gegen die brodwücherischen Pläne der Regierung und



ihre Helferzähler ausgesprochen hat. — In dem von hier aus zu bearbeitenden Theile des 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreises sammelten unsere Genossen 904 Unterschriften; gleichfalls ein schönes Resultat in dem rein ländlichen Bezirk. — Die Lübecker Sozialdemokratie hat also zusammen 17762 Unterschriften gegen den Brodmacher gesammelt.

**Ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse** geben unfehlbar die Jahresberichte der Verwaltungen der städtischen Leihhäuser. Der soeben erschienene Jahresbericht der Verwaltung des hiesigen Leihhauses pro 1900 zeigt uns nun mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr das Glend bereits im Jahre 1900 gegen das vorhergegangene Jahr in unserer Stadt zugenommen hat. Unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der Weizen der Leihhäuser nur in Zeiten der Noth und des Glends blüht. Im Jahre 1900 wurde auf 6398 Pfänder ein Darlehen von insgesamt 64661 Mk. gegeben, 1899 betrug die Zahl der Pfänder nur 5367 und die Darlehenssumme 46376 Mk. Demnach sind im Berichtsjahre 1571 Gegenstände mit einer Darlehenssumme von 18285 Mk. mehr zur Verpfändung gelangt. Auch der Durchschnittswert der Pfänder stieg von 8,75 auf 9,32 Mk. — Diese wenigen Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache; sie zeigen uns, daß im Vorjahre, wo Handel und Industrie blühte, und wo selbst von den Anzeichen der Krise noch nichts zu verspüren war, bereits die Erwerbsverhältnisse der Lübecker Arbeiterschaft sich verschlechtert haben. Jetzt ist die Krise mit Macht eingetreten! Die Noth, das Glend wird sich von Tag zu Tag vermehren! Da ist es Pflicht des Staates, helfend einzugreifen; Gelegenheit hierzu ist, wie wir bereits verschiedentlich dargelegt haben, in reichlichem Maße vorhanden. Zunächst beschleunige man die Vorarbeiten zum Bahnhofsbaue, indem in aller nächster Zeit eine Extrastation der Bürgerschaft anvertraut wird, in der letztere um ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Plänen erlucht wird. Bei dieser Gelegenheit erwarten wir, daß die Bürgerschaft in einem Beschlusse klar und deutlich zum Ausdruck bringt, daß bei den Arbeiten zunächst nur hiesige Arbeiter beschäftigt werden sollen. Wir haben zwar keine allzuhohe Meinung von dem sozialen Verständnis unserer Bürgerschaftsmitglieder; dennoch aber erwarten wir, daß dieselben im Interesse unserer Bevölkerung und auch unserer Stadt der von uns im Namen der Lübecker Arbeiterschaft gestellten Forderung entsprechen werden.

**An Militärpflichtigen** waren nach dem Jahresbericht der Militärkommission im Jahre 1900 2617 Personen gegen 2645 im vorhergehenden Jahre vorhanden. Von diesen militärpflichtigen Personen wurden zurückgestellt 1067 und ausgeschlossenen 3 Personen, während 317 Personen, davon 166 im ersten Jahrgang ausgehoben wurden. Im Jahre 1899 betrug die Zahl der ausgehobenen Personen 398, es ist mithin ein Weniger von 81 vorhanden. Dieses Weniger ist unzweifelhaft eine Folge der auf die schrankenlose Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter zurückzuführenden Degeneration, die immer mehr zunehmen wird, wenn nicht der so nothwendige Schutz der jugendlichen Arbeitsträfte durch wirksame Gesetze noch mehr erhöht wird. Freiwillig traten in Heer und Marine insgesamt 104 gegen 59 Personen im Jahre 1899 ein. Diese erhebliche Steigerung verdankt wohl dem Chinarummel und der durch denselben bei manchen Leuten hervorgerufenen Ekstasebegeisterung ihre Entstehung. Ueberzählig blieben im Berichtsjahre zwei Personen.

**Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.** Um eine interessante Frage handelte es sich bei der ersten Sache, welche am Mittwoch zur Verhandlung stand. Der Hobelmeister N., ein geborener Schwede, verunglückte am 4. Mai d. J. im Betriebe der Firma Gohmann u. Jürgens, indem er mit der linken Hand in die Hobelmaschine gerieth und hierbei sämtliche Finger derselben verlor. Der Verletzte kam zunächst ins Krankenhaus, nach seiner Entlassung aus demselben setzte die Berufsgenossenschaft auf Vorschlag von Dr. Noth die Rente auf 50 Proz. fest, erhöhte dieselbe aber auf Grund eines von dem Vertreter des Verletzten, Dr. Pleßing, eingereichten Schriftsatzes im Vergleichswege auf 60 Proz. Hiermit war der Verletzte jedoch nicht einverstanden, er legte Berufung ein. In der Begründung wurde angeführt, daß der Verletzte, der nur eine mangelhafte Schulbildung genossen habe, seit seinem 10. Lebensjahre nur in Holzschneidfabriken thätig gewesen ist. Dieser Umstand bedinge eine Einseitigkeit der Ausbildung, die es dem Verletzten unmöglich mache, einen anderen Beruf zu ergreifen; hinzu komme noch, daß derselbe die deutsche Sprache nur äußerst mangelhaft beherrsche. Aus diesem Grunde wurde eine Rente von 70—80 Proz., sowie Ersetzung der außergerichtlichen Kosten (Anwaltsgebühren) beantragt. In dem vor 14 Tagen in dieser Sache abgehaltenen Termin schlug der Vertreter der Berufsgenossenschaft im Vergleichswege eine Rente von 66 2/3 Prozent vor. Zwecks Rücksprache mit dem Verletzten wurde darauf der Termin auf Antrag von Dr. Pleßing verlagert. Die Einigung zerfiel, weil die Berufsgenossenschaft sich weigerte, die Anwaltskosten zu zahlen; dieselbe betrie sich darauf, daß eine Vertretung durch den Anwalt nicht erforderlich gewesen sei. Letzterer widersprach dem mit dem Hinweis auf die fremde Nationalität des Verletzten. Das Schiedsgericht erkannte auf Gewährung einer Rente von 66 2/3 Prozent und Ertrag der Anwaltskosten mit 15 Mk. ferner der Berufsgenossenschaft. — Zwei sich widersprechende Gutachten wurden in der folgenden Sache abgegeben. Der Kornträger H. wurde am 6. Januar 1899 durch einen Sack Korn, der ihm gegen die Brust fiel, zur Seite geschleudert. Die Folge war eine Quetschung der rechten Schulter und des rechten Armes. Zunächst erhielt der Verletzte die Vollrente, die jedoch später auf 75 Prozent herabgesetzt wurde. Verschiedentliche Untersuchungen seitens der Aerzte Dr. Noth und Dr. Jäcklam ergaben keine Besserung des Verletzten. Ein dann eingeholtes Gutachten des Dr. Diehl stellte plötzlich eine Besserung des Verletzten fest, und brachte eine Herabsetzung der Rente auf 25 pCt. in Vorschlag. Demgegenüber beantragte der Verletzte Gewährung einer Rente von 75 pCt., da er ein Augenleiden mit dem Unfall in Zusammenhang brachte. Verschiedene Gutachten ergaben jedoch keinen Zusammenhang des Augenleidens mit dem Unfall. Bezüglich des Leidens an der Schulter stellte Dr. Nibel fest, daß der Verletzte zur schwereren Arbeit total und zu leichterer Arbeit nur in beschränktem Maßstabe fähig sei. Die Berufsgenossen-

schaft erklärte sich schließlich, dem Vorschlage Dr. Nibels entsprechend, zur Zahlung einer 40prozentigen Rente bereit, während der Verletzte 60 pCt. beantragte. Der Vertreter des Verletzten, Arbeitersekretär Wiffell, hielt die Verabreichung für eine zu weitgehende, da er noch heute ein großes Schmerzgefühl in den Schultern empfinde. Ferner verwies der Vertreter darauf, daß es doch recht auffällig erscheine, wenn ein Leiden, welches nach Ansicht zweier Aerzte trotz jahrelanger Untersuchung keine Besserung erfahren habe, nach Untersuchung durch einen neuen Arzt, Dr. Diehl, plötzlich gebessert sei. Das Gutachten des letzteren stehe übrigens im Widerspruch mit dem, was das Reichsversicherungsamt über derartige Fälle konstatiert hat. In dem von der medizinischen Fakultät der Universität in Berlin erstatteten Obergutachten sei in überzeugender Weise dargestellt, was man von den leider nur allzu häufig anzutreffenden Bemerkungen der Vertrauensärzte von dem Simuliren der Kranken zu halten habe. Dr. Diehl habe ein stark subjektives Empfinden gezeigt, er habe keine Verantwortung gehabt, von Uebertreibung zu sprechen. Dem Gutachten desselben sei kein Werth beizumessen, da er in demselben sage, daß ihn die prächtig ausgebildete Muskulatur der beiden Arme überrascht habe, während Dr. Nibel in seinem Gutachten von einer dürftigen Beschaffenheit der Muskulatur der Arme spreche. (!) Das Schiedsgericht gewährte dem Verletzten eine 40prozentige Rente ab 1. August 1901. — In den übrigen Fällen wurde die Einholung von Physikalisch-gutachten beschlossen.

**In geistesgestörtem Zustande** scheint sich ein Mann zu befinden, der am Mittwoch Morgen in aller Frühe die Strudfährte benutzte. Bekleidet war derselbe nur mit Strümpfen, Unterhose und Hemd; während der Ueberfahrt im Boot tanzte er in dieser leichten Kleidung einen Walzer. Die verschiedenen Fragen des Fahrpächters beantwortete der Unglückliche mit einigen unartikulirten Lauten. Kaum war das Boot am jenseitigen Ufer angelangt, so sprang der Mann wie eine Kugel aus demselben ans Land und entkam in der Dunkelheit. Hoffentlich gelingt es, den bedauernswerthen Mann zu ermitteln, um ihn alsdann einer Heilanstalt zu überweisen.

**Im Circus Varietes** finden die Darbietungen des jetzigen Spielplatzes allabendlich großen Beifall. Vornehmlich sind es die Schutleiterin Lilli de Barouchi, das Claque-Wunder Randolph, die Freres Doucet mit ihren Saltomortales und Louis de la Chapelle mit seinen künstlichen Menschen, die Sensation erregen. Wer es bisher unterlassen hatte, den Spielplan sich anzusehen, sollte sich damit beeilen, weil über 8 Tage bereits wieder ein Wechsel im Repertoire eintritt.

**Vom Hafen.** In der verfloffenen Woche gelangten auf dem Seewege 35 Dampfer und 33 Segler, zusammen 68 Seeschiffe, und auf dem Kanalwege 30 Fahrzeuge nach hier. 13 Seeschiffe hatten ganz oder theilweise Holz geladen. Außerdem liefen 1 Kohlendampfer und 1 Dampfer mit 2000 Kisten grüner Heringe für Schluup ein, 109 Kinder und 1 Kalb, darunter 92 Kinder aus Schleswig-Holstein, wurden seewärts eingeführt.

**Anzeigepflichtige Krankheiten** wurden im verfloffenen Monat gemeldet: Diphtherie 28, Masern 17, Scharlach 31 und Typhus 2 Fälle. Hiervon verließen vier Fälle an Diphtherie tödtlich.

**Vertenthin.** Ein tödtlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag Vormittag bei den Baggerarbeiten auf dem Kanal jenseits der Behlendorfer Schleuse. Ein junger Arbeiter war beauftragt worden, die ausgebagerte Modde mittelst einer Schute ans Ufer zu bringen. Infolge eines Ruckes der Schute glitt der Arbeiter aus und stürzte kopfüber ins Wasser. Trozdem sofort Rettungsversuche angestellt wurden, gelang es doch leider nicht, den Bedauernswerthen noch lebend dem nassen Elemente zu entreißen; man konnte nur einen leblosen Körper in Sicherheit bringen.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Wandsbeker Alfordmänner haben die Erklärung abgegeben, daß sie im Prinzip mit den in Hamburg angebahnten Einigungsversuchen einverstanden seien. Hoffentlich kommt die Einigung zu Stande.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Dem in Kiel wegen Sittenverbrechen verhafteten Fährhändler wird auf Grund eingeleiteter Untersuchungen noch ein weiterer Versuch des Sittenverbrechens zur Last gelegt. — Die Wohnungsnoth scheint in Kiel etwas geringer zu werden, denn die zur Unterbringung der Obdachlosen bestimmten Räumlichkeiten werden jetzt nicht vollständig in Anspruch genommen. Trozdem sind noch immer 170 Familien als obdachlos in den Baracken. Beim Eintritt des Winters wird diese Zahl aber schnell wachsen, denn auch jetzt wohnen noch in den Gartenhäusern und Holzställen zahlreiche arme Familien. — Das in Hamburg erbaute Panzerschiff „Kaiser Karl der Große“ gerieth bei seiner Probefahrt in der Nähe von Blankenese auf Grund und ist bis Mittwoch Abend noch nicht wieder flott geworden. — Der Schiffsetzer Schröder, der in der vorigen Woche in Hamburg seine Frau, die von ihm getrennt lebte, durch einen Schuß in die linke Halsseite tödtlich verletzte und dann sich selbst eine Kugel in den Mund jagte, ist wieder hergestellt und aus dem Eppendorfer Krankenhaus in's Untersuchungsgefängniß überführt worden. Die Ehefrau Schröder liegt im Eppendorfer Krankenhaus noch in bedenklichem Zustande darnieder.

**Rauenburg.** Mehrere Unglücksfälle, darunter einer mit tödtlichem Ausgang, ereigneten sich in den benachbarten Elbbörfen Auzendorf und Tespe. Im ersteren Orte erlitt ein Knecht bei einem Fall vom Wagen so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. In Tespe zerstückte sich ein Knecht mit einer Sense Schenkel der Reiterseite. In diesem Orte hatten sich ferner zwei Kinder auf die Reichel eines an einen anderen angebundenen Wagens gesetzt, um mitzufahren; sie spielten so lange unvorsichtig bei den in Fahrt befindlichen Wagen herum, bis eines der Kinder unter ein Rad des Hinterrades gerieth und überfahren wurde. Außer verschiedenen Verletzungen hat das Kind einen Beinbruch erlitten.

**Hamburg.** Das hamburgische Staatsbudget für 1902 ist vom Senat der Bürgerschaft überreicht worden. Es schließt mit einem Ueberschuß von nahe an 6 Millionen Mark, unter Ansetzung von sieben Einheiten der Einkommensteuer. Die Ueberschüsse der letzten Jahre

haben sich jedoch durch günstigen Ausfall der jüngsten Abrechnungen wiederum etwas gehoben, so daß das Defizit sich auf etwa 3 Millionen Mark vermindert. Der Senat sieht deshalb vorläufig davon ab, Maßnahmen zur Vermehrung der Staatseinnahmen vorzuschlagen, betont jedoch, daß sich die größte Sparsamkeit im Staatshaushalt empfehle.

**Altona.** Gefährlicher Sprung. Kürzlich hatte der Wächter N. einen Gefangenen von Altona nach Lübeck und zurück zu transportiren. Auf der Rückfahrt von Lübeck war das Koupee, in dem er mit dem Gefangenen Platz genommen hatte, vollständig besetzt. Zwischen Altona-Nahstedt und Wandsbek bat der Gefangene, auszutreten zu dürfen. Natürlich konnte ihm der Wächter das nicht verweigern, er nahm ihm die Fessel ab und ließ ihn in den Kofferraum eintreten. Die Thür mußte er in Rücksicht auf die anderen Fahrgäste verschließen und er verlor dadurch den Gefangenen aus den Augen. Dieser benutzte die Gelegenheit, um aus dem Koffertfenster herauszuklettern und vom Zug herunterzuspringen. Ohne Schaden zu erleiden ist er entkommen, doch wurde er in Hamburg wieder ergriffen und verhaftet. Dem Wächter wurde nunmehr zum Vorwurf gemacht, daß er den Gefangenen aus den Augen gelassen hatte; er wurde dieserhalb unter Anklage gestellt. Das Gericht sprach ihn jedoch am Mittwoch frei, da ihn kein Vorwurf an dem Entweichen treffen konnte.

**Schönberg.** Die Lehrer haben an die Landesregierung sowie an den „Landtag“ je eine Petition gesandt. In beiden wird um Gehaltserhöhung und ein Pensionsgesetz gebeten. Obgleich die Gehaltsverhältnisse in letzter Zeit manche Aufbesserung erfahren haben, lassen dieselben Vergleich mit den Lehren anderer Kleinstaaten noch viel zu wünschen übrig. Ein Pensionsgesetz giebt es in Mecklenburg-Strelitz überhaupt nicht. Doch kann ein abgehender Lehrer gewöhnlich eine Jahresrente von 180 Mk. beanspruchen, wozu oft noch ein „Gradengeld“ des Landesherrn von 120 bis 300 Mk. tritt. Der Mangel an Lehrkräften macht sich darum mit der Zeit immer mehr bemerkbar. Bei der letzten Aufnahme-Prüfung ins Seminar hatten sich nur noch fünf junge Leute gemeldet, von denen vier aufgenommen sind.

**Hamburg.** Ein rabiater Chinakrieger, der Hamburg mit Opium verwechelte, erhielt am Dienstag Abend eine ganz gehörige Abfuhr. Derselbe gerieth infolge Trunkenheit in einen Stachelbeerbusch. Als eine vorübergehende Frau hierzu eine scherzende Bemerkung machte, gerieth der Mann in Wuth, drang auf die Frau mit offenem Messer ein und verfolgte sie auch in ein Haus, in das sie flüchtete. Als der Besitzer des Hauses sich ihm entgegenstellte, drang er auch auf diesen mit einem Messer ein, indem er meinte, in China sei es so Mode. Nachdem der Wütherrich eine gehörige Lektion erhalten hatte, wurde er hinaus befördert und zur Anzeige gebracht. — So verrohend hat das Vorgehen der verbündeten Mächte in China auf einzelne Theilnehmer des Schiffselzuges gewirkt. Das sind weitere „Segnungen“ des „Danzwischenfahrens mit der gepanzerten Faust“, um die das Deutschland des 20. Jahrhunderts wahrlich nicht beneidet werden kann.

**Varrel.** Das in der Landwirtschaft angelegte Geld verzinst sich nicht, so erzählen die Bündler. Ihre Worte stehen aber in Widerspruch mit den wirklichen Thatsachen. So wird jetzt gemeldet, daß die Bodenpreise in Ostfriesland ganz enorm im Steigen begriffen sind. In den letzten drei Jahren wurde im Durchschnitt gutes Ackerland mit 1600 Mk. und gutes Weideland mit 1900 Mk. pro Hektar bezahlt. In letzterer Zeit wurden bei einigen Verkäufen folgende Preise erzielt: 56 Hektar im Kreise Weener erzielten 135 000 Mark, 49 Hektar daselbst 107 600 Mk., 61 Hektar im Kreise Norden 141 000 Mk., 52 Hektar im Kreise Wittmund 109 500 Mark. Es wurde also im Durchschnitt der Hektar mit über 2200 Mk. bezahlt. Auch bei den Pächten müssen die sündlichen Blätter zugeben, daß die Nachfrage größer ist als das Angebot. Die Bündler werden sich wohl hüten, zu behaupten, die Käufer dieser theuren Landstellen seien unthätige Landwirthe, die nicht zu rechnen verstanden. Haben sie sich aber thatsächlich verspekulirt, so ist das Volk doch nicht dazu da, um den Ausfall zu decken.

**Bremen.** Einer eigenartigen Beleidigung hat sich ein Gemüsehändler schuldig gemacht. Er war als Privatdetektiv thätig und wollte irgend ein Geschäft aus der Dienstadtgasse herauslocken. Um sich völlig in ihr Vertrauen einzuschleichen, heuchelte er ihr Liebe und knüpfte ein Verhältnis mit ihr an. Die F., welche glaubte, daß er sie heirathen wolle, duldete deshalb eine Reihe (wie hervorgehoben wird) anfänglicher Vertraulichkeiten von ihm. Als sie erfuhr, daß er sie nur habe anhören wollen und gar nicht die Absicht habe, sie zu heirathen, stellte sie Strafantrag wegen Beleidigung. Das Landgericht Bremen hat dann auch am 20. Juni den Gemüsehändler zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß er unter Mißachtung der Gefühle und der berechtigten Empfindungen in verwerflicher Weise mit dem Mädchen gespielt und sie dadurch in ihrer weiblichen Ehre gekränkt habe. In seiner Revision suchte der Angeklagte darzuthun, daß die Verletzung der Gefühle keine Beleidigung sei. Es verwies darauf, daß die F. an ihrer Ehre keinen Schaden gelitten und daß er ihr einen Entschuldigungsbrief geschrieben habe. — Das Reichsgericht erkannte aber auf Verwerfung der Revision.

**Bremen.** Behandlung der Seelente. Von Seelenten wird Kadavergehorsam verlangt. Wo dieser einmal verjagt wird, nehmen sich die Vorgesetzten das Recht heraus, auf die „Ungehorsamen“ loszuzuhauen. Sie können das um so eher, als sie wissen, daß sie nach Lage der Sache heute von den Gerichten nur geringfügige Strafen zu erwarten haben. Auch die Stewards Schulz und Vohmann, die auf der Reife des Dampfers „Aller“ nach Newyork im August v. J. in der zweiten Kajüte bedienstet waren, sollen, wie die „Bremer Bürgerzeitung“ meldet, durch „unangemessenes Betragen und „unehrerbietiges“ und „stichwärtiges“ Benehmen gegen den zweiten Steward Alfred Ostler Mönch und gegen den Obersteward Friedrich Carl Christian Weber diese so gereizt haben, daß sie glaubten, ihrem „Unmuth“ gegen die beiden Leute durch Fußtritte, Ohrfeigen und Stöße Ausdruck geben







## Staatswesen in kaufmännischen Händen.

„Wenn es in der Absicht der H. Gebrüder Rognier läge, dem Deutschen Reich ein hübsches Geschenk zu machen“, so schreibt die „Münch. Allg. Ztg.“, „so könnten sie ihm, im praktischen Sinne genommen, ganz Honduras behändigen. Der Firma gehört die Insel Amavala, die in strategischer Hinsicht den einzigen pazifischen Hafen der zentralamerikanischen Republik beherrscht, und, damit nicht genug, Honduras schuldet den H. Gebrüder Rognier die für zentralamerikanische Verhältnisse ganz bedeutende Summe von 10 Millionen Mark.“

Die Finanzen Nicaraguas befinden sich neben deutschen auch in den Händen einer englischen Bankfirma. Einige Jahre zurück machten der Finanzminister und der Minister des Auswärtigen verzweifelte Anstrengungen, die englische Firma zum Fall zu bringen. Doch der Erfolg war ein direkt entgegengesetzter. Die Noten der Bank zirkulierten im Lande ruhig weiter und werden den Papieren der Regierung in jeder Weise vorgezogen. Wie die englische so hat auch die deutsche Firma Gebrüder Ermann einen gewaltigen Einfluß in Nicaragua, und zwar besonders auf Grund der Vorfälle der letzten Jahre, da die bankrotten Finanzen des Staates alle Geldgeber zu der größten Vorsicht und Zurückhaltung veranlaßten, und das deutsche Geschäftshaus bereitwilligst überall einsprang, wenn es sich darum handelte, die Regierung nicht ganz und gar zu Fall zu bringen. Wenn heute einmal an den Präsidenten die Nothwendigkeit herantritt, mit dem Nachbarlande San Salvador Krieg zu führen, so wird er sich nothgedrungen die Dienste der deutschen Firma sichern müssen.

Mehr als zwei Millionen Acker Grundeigentum besitzt eine Londoner Firma in Paraguay. Dieser ungeheure Besitz wurde ihr vor Jahren im Austausch für eine Geldschuld, die das verarmte Land nicht zu zahlen vermochte, überliefert. Wenn es sich bewahrheitet, daß jener Grundbesitz an Ertragsfähigkeit und metallischen Schätzen dem benachbarten Uruguay nicht nachsteht, so repräsentiert er immerhin einige Millionen Pfund Sterling an Werth. Aber auch zwei deutsche Gesellschaften, die „Nueva Germania“ und die „Leipziger Kolonien“ sind Eigentümer beträchtlicher Länder.

In praktischem Sinne Eigentümer von Peru sind die H. Heinrich Meigg u. Co. Ihre Rechnung von nahezu 315 1/2 Millionen Mark für die Erbauung der Droya-Eisenbahnlinie, die einen der Montblanc weit überragenden Bergpaß von 15,641 Fuß erklimmt und dem Werke derselben Gesellschaft auf dem Fuße folgte, das sich auf die Herstellung der die Anden kreuzenden Balparaiso-Santiago-Linie bezog, wurde bis zum heutigen Tage nicht beglichen. Die Firma hat auch nach dem Tode ihres Chefs, des Herrn Heinrich Meigg, den Betrieb regelrecht weitergeführt und ihren Einfluß im Lande auf das denkbar größte Maß erweitert.

Ein Territorium, das an Umfang Deutschland acht Mal übertrifft, eignet und verwaltet die Royal Niger Company. Dieser ungeheure Flächenraum, der von 30 Millionen Menschen bzw. 30 verschiedenen Eingeborenstämmen und einigen Tausend Weißen bewohnt ist, wird von einem kleinen Geschäftshause an dem Londoner Thames Embankment „regiert.“ Die Gesellschaft hält im Lande eine Armee von 1500 Soldaten, die von englischen Offizieren geleitet werden, und besitzt eine „Flotte“ von 35 Dampfern. Ihr Stammkapital beträgt 22 Millionen Mark, das eine vorzügliche Verzinsung sichert. Das Land selbst hat die dichteste Bevölkerung in ganz Afrika, der Boden ist außerordentlich fruchtbar und zahlreiche natürliche Wasserwege sichern ihm in geraumer Zeit eine vollkommene Erschließung.

## Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.  
Von Wilhelm Braunsdorf.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Mein der Fürst achtete nicht darauf, ließ sich wuchtig auf einer der rohgezimmerten Bänke niederfallen und begann sogleich in dem ihm eigenen selbstbewußt-herrischen Ton:

„Ich wollte Dir nur nochmals sagen, daß Du der frechste und anmaßendste Bauer bist, der auf meinem Grund und Boden herumläuft, ein Empörer.“

„Ei, ei“, machte Michailowitsch belustigt.

„Und nebenbei der größte Dummkopf, den ich je kennen gelernt.“

„Von uns Russen pflegt man ja immer als von Dummköpfen zu sprechen, und ich freue mich, Knjas Swan, daß also auch wir Beide viel Verwandtes mit einander haben.“

„Aber, um mir das zu sagen, hast du diesen einsamen Ritt bei Wind und Wetter unternommen?“

Des Fürsten Antlitz färbte sich dunkelroth vor Wuth und seine Rechte, welche die Reitgerte umspannt hielt, zuckte krampfhaft auf. Doch als er den hünenhaften Alten so vor sich stehen sah, bezwang er sich und begnügte sich mit einer geringschätzigen Geberde. Es schien, als besäße Michailowitsch eine geheimnißvolle Gewalt über den rohen Bojaren, die dessen leicht erregbaren Jähzorn in Schranken hielt.

„Du wirst übermüthig und steifhaft, Bauer“, knurrte der fürstliche Gast und that einen gewaltigen Zug aus dem Glase. „Die Freiheit, die Dir mein seliger Vater, Fürst Boris, in unbegreiflichem Leichtsinne gegeben, ist Dir zu Kopfe gestiegen und hat Dein bishigen Verstand ganz und gar umnebelt. Bist auf meinem Grund und Boden reich geworden, Spitzbube, und weißt nun vor dummem Hochmuth nicht, daß Du dem Edelmann Achtung und Ehrfurcht schuldest.“

Das Reich des ungekrönten Potentaten, Mr. Cecil Rhodes, übertrifft das Territorium der vorstehenden Gesellschaft um ein bedeutendes. Es untersteht der direkten Kontrolle der British South Africa Company und umfaßt 750 000 englische Quadratmeilen, das heißt mit anderen Worten, daß es England und Wales an Flächenraum dreizehnmal übertrifft. Angesichts seines kurzen Bestehens ist es von der höchsten Bedeutung, daß Rhodesia bereits heute 2250 Meilen auf angelegter Wege und Straßen, 3000 Meilen Telegraphenlinien und nahezu 200 Telephonanlagen besitzt. Salisbury ist die administrative Hauptstadt des Landes, während Bulawayo das Geschäftszentrum darstellt. Weitere 10 000 Quadratmeilen im äußersten Norden von Rhodesia befinden sich in den Händen der North Charterland Exploration Company, welche neben dem Diamantenhandel auch ein schwunghaftes Geschäft in Seidenwaaren betreibt. Es ist der Gesellschaft gestattet, Zulassungen zu denjenigen der Kapkolonie im eigenen Lande nach freiem Ermessen zu erteilen.

Ibea ist der Name eines ungeheuren neuen Reiches an der Ostküste von Afrika. Die Buchstaben, aus denen sich jene Bezeichnung zusammensetzt, sind den Anfangsbuchstaben einer Gesellschaft entnommen, die im Jahre 1888 auf Grund einer sich auf fünfzig Jahre erstreckenden Konzession des Sultans von Sansibar unter dem Namen Imperial British East Africa begründet wurde. Das Land stößt im Süden an Deutsch-Ostafrika, im Norden an den Äquator bzw. an den Suban, und seine Grenzen reichen westlich bis an das britische Protektorat von Uganda heran. Einer der feinsten Häfen an der Ostküste Afrikas, Mombassa, gehört zu dem Lande und kann sich einer Einwohnerzahl von 25 000 Personen rühmen. Sefam, Nilpferdhörner und Hartholz bilden die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel. Ein Theil des ungeheuren Territoriums harret noch der Erschließung sowohl als auch der Erforschung. Ibea besitzt Bergketten, welche die Alpen überragen, großartige Vulkane und nahezu 20 verschiedene Eingeborenstämme, von denen der Elmoran-Stamm besonders zu nennen ist. Diese Eingeborenen haben eine chokoladenbraune Hautfarbe und gleichen in Betreff Schädelbildung und Gesichtszügen eher Europäern denn Negern.

Eines der bedeutendsten afrikanischen Staatswesen ist der sogenannte Kongo-Freistaat, der unter der Präsidentschaft des Königs Leopold von Belgien einer internationalen Finanzgruppe untersteht. Das jetzt etwa 25 Jahre bestehende Reich besitzt beinahe die Größe des indischen Kaiserreiches, es hat eine Einwohnerzahl von 10 Mill. und sein Handel bezieht sich jährlich auf nicht weniger als 40 Millionen Mark. Wenn man einer Versicherung glauben schenken darf, so hat der König der Belgier lange Jahre hindurch im Interesse der Erschließung des Kongo-Staates etwa 800 000 Mark jährlich aus seiner Privatschatulle aufgewendet, bis er den bekannten irischen Minenachverstädigen Herrn Walsh zu Rathe zog. Die unlängst konstatirten Kupferfunde an dem oberen Laufe des Kongo sollen sehr reichhaltiger Natur sein und versprechen der Gesellschaft reiche Dividenden.

Eines, wenn auch dem vorgenannten Territorium an Größe nicht gleichkommenden, aber dennoch bedeutenden Länderbesitzes kann sich die British North Borneo Company rühmen, die ihre Geschäftsstellen in der Leadenhallstreet in London hat. Das der Gesellschaft unmittelbar unterstehende Gebiet umfaßt 36 000 englische Quadratmeilen mit 150 000 Einwohnern und einer Küstenlinie von 987 englischen Meilen. Die Tabakernte ist in zehn Jahren von 100 000 bis auf acht Millionen Mark gestiegen, und nicht allein das, auch Gold-, Kupfer- und Kohlenminen sind in dem Lande erschlossen worden. Die Gesellschaft schreitet in dem Bau von Eisenbahnen rüstig vorwärts. Bis jetzt ist es ihr gelungen, eine Strecke von sechzig englischen Meilen durchzuführen, die einen jährlichen Reinertrag von 20 000 Mark aufweisen kann. Das Eiland von Sabuan, in

der Nähe von Borneo, das einst von dem Rajah Bwoke regiert wurde, ist ebenfalls heute in den Händen der North Borneo Company.

Auch Neufundland ist im praktischen Sinne in den Händen der Privatgesellschaft Reid u. Co. Ist dies Geschäft doch Eigenthümer der Minen, der Eisenbahnen und eines Viertels des ganzen Territoriums. Wenn man bedenkt, daß die kommerzielle Erschließung des Landes etwa sechs Jahre zurückliegt, so kann man nicht umhin, seiner höchsten Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, welchen Einfluß heute Handel und Verkehr auf gewisse bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit so gut wie nur dem Namen nach bekannte Länderstrecken auszuüben vermögen.“

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Wegen Lohn Differenzen haben sämtliche Tischler der Firma Wurmstich in Magdeburg die Arbeit niedergelegt. — Die Böttcher auf dem Salzbergwerk Neu-Staßfurt bei Staßfurt haben ihre Kündigung eingereicht. Ursache ist die wiederholte Maßregelung von drei Kollegen, von denen einer 1. Bevollmächtigter, ein anderer Kartellvorsitzender ist. In Betracht kommen 11 Verbeirathete mit 32 Kindern und ein lediger Streikender. Da das Salzwerk Neu-Staßfurt ein Millionen-Unternehmen ist, wird der Kampf ein harter werden. — Der Verband der Schneider hat über die Firma Kehr und Steigleder in Jlemana die Sperre verhängt, wegen Maßregelung des ersten Bevollmächtigten der dortigen Zahlstelle. — In der Hutfabrik von Rabat und Guttmann in Breslau legten wegen plötzlicher Lohnreduktion und Aenderung des Zahlungsmodus 48 Hutarbeiter die Arbeit nieder.

**Das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens** feierte das „Volksblatt für Anhalt“. So lange besteht das Blatt als selbstständige Zeitung, während es vor dem zwei Jahre hindurch als Kopfsblatt existierte. Das Blatt, das heute in gutem Stande ist, hat seine Kämpfe durchgemacht wie alle sozialdemokratischen Parteiblätter; hat es doch in den 10 Jahren seines Bestehens elf verantwortliche Redakteure verbraucht, während der zwölfte jetzt noch zeichnet. Die Jubiläumsummer bringt zahlreiche lokale Erinnerungen aus der Zeit vor 10 Jahren.

**Erfolge bei den Gemeinderathswahlen.** Bei der in Apolda stattgefundenen Gemeinderathswahl erhielt unser Genosse Baudert die höchste Stimmenzahl; er wurde 1507 Stimmen, nachdem er bereits 10 Jahre dem Gemeinderath angehört, wiedergewählt. Einen beachtenswerthen Stimmengewinn hatten unsere Genossen Leuterer und Petermann mit 721 bzw. 581 gegen früher zu verzeichnen. — Bei den Stadtvorordnetenwahlen in Forst in der Lausitz errangen die Parteigenossen einen glänzenden Sieg. Während die vereinigten Gegner 771 Stimmen aufbrachten, erzielte unsere Liste 1001 Stimmen. Es wurden fünf Parteigenossen gewählt, so daß wir jetzt 11 Vertreter im dortigen Stadtvorordneten-Kollegium haben.

**Ueber das Schicksal Georg Saafes** von der polnisch-sozialistischen Partei, der seit Monaten in Katowitz (Oberschlesien) in Untersuchungshaft sitzt wegen des polnischen Mai-Aufstands, erfährt die „Gazetta Robotnicza“, daß die Untersuchung seit ca. 2 Monaten beendet ist, daß aber trotzdem bis jetzt noch kein Termin zur Hauptverhandlung angesetzt ist.

**Parteipresse.** „Der sozialistische Student“ erscheint zweimal im Monat vom 1. November bis zum 15. Juli. Der Abonnementspreis beträgt 2,75 Fr. Anfragen bezüglich des Abonnements sind an das Bureau des Blattes Rue de Treves, Bruxelles-Bruxelles zu richten.

**Das sozialdemokratische internationale Bureau** in Brüssel beschloß, mindestens jedes Semester eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten und rechnet speziell auf die Gegenwart der Vertreter der Nachbarländer Deutschland,

best. Auch sehest Du Dir allerlei rebellische Klauen in den Kopf und heftest mir die Bauern auf. Hüte Dich, hüte Dich! noch regiert ein allmächtiger Zar unser heiliges Rußland! — Gib ferner Acht, daß ich Dich nicht von Haus und Hof verjage.“

„Damit drohst Du mir nun schon seit dem Tode Deines seligen Vaters“, antwortete Michailowitsch trocken, „und weißt so gut wie ich, daß ich meine verbrieften Rechte in der Tasche habe. Gott vergelt's dem Fürsten Boris. Er mußte wohl, wie sehr sein Sohn und Erbe aus der Art geschlagen und —“

„Schweig! Hund von einem Bauer! Von Deinem Hochmuth wollte ich noch ein Wörtchen sprechen“, lenkte der Fürst ab. „Du hast also richtig Deinen Jungen auf die Hochschule gegeben und Dein Wädel in ein Pensionat. Bauer, bist Du denn ganz und gar verrückt geworden?“

„Um Dich ein wenig zu ärgern, Knjas“, lachte der Wirth freilustig auf. „Steh, ich sagte mir gleich, mein theurer Freund und hoher Gönner werde Gift und Galle speien, wenn er erfährt, daß mein Sohn auf derselben Hochschule studirt, wo sein eigener Sohn und Erbe, der junge Fürst Konstantin, schon an die zwei Jahre sitzt.“

„Es wird Deinem Jungen schaden.“

„Bildung hat noch Niemandem geschadet. Und hat ein einfacher, aber ehrlicher Bauer nicht denselben Anspruch darauf, als ein „hochgeborener“ Bojar?“

Fürst Swan lachte spöttisch auf.

„Du stellst ein Kalbfleisch neben die Sonne und glaubst, sie leuchten beide gleich hell. Nein, alter Narr! Der Bauer soll hübsch bei seiner Arbeit bleiben, wozu er geboren. Wissen und Bildung schadet ihm, macht ihn begehrlisch und auffällig. Merke Dir das!“

„Das sagt Ihr selbstherrlichen Bojaren! Aber Ihr irrt Euch. Auch der Bauer ist ein Mensch und wird nicht dümmere, nicht aus schlechterem Stoffe geboren als der Edelmann.“

„Ganz gewiß ist der Bauer auch ein Mensch, aber ein Mensch der niedrigen Gattung — nur für die Arbeit geboren. Der Bauer bleibt nun einmal Bauer, ihm schadet, was seinem von Gott eingesehten Herrn, dem Edelmann nicht.“

„Nein, Knjas, und tausendmal nein — das ist nicht wahr!“ donnerte des Wirthes Bärentimme grollend auf und seine Riesengefalt schien noch ein Beträchtliches zu wachsen. „Das habt Ihr herrschfüchtigen Bojaren dem armen Bauern viele Jahrhunderte lang vorgelesen und lügt es ihm noch Tag um Tag in allen Tonarten vor, damit er nicht dazu kommen solle, über sein hartes, unwürdiges Loos nachzudenken und zu murren. Er soll es geduldig tragen, wie ein Gott auferlegtes Gesetz! Nicht göttlicher Wille ist die Leibeigenschaft! Nicht Gott hat dem Bauer das Joch der Hörigkeit auferlegt und Euch zu seinem Herrn bestimmt — nein, Ihr Bojaren habt es durch List und Gewalt verstanden, den Bauer um seine natürlichen Menschenrechte zu betrügen, ihn Euch abhängig und unterthänig zu machen.“

„Oh, Ihr habt es sehr gut begriffen, daß nur Stumpfheit und Unwissenheit den Bauer Eurer Willkür gefügig erhält. Darum haltet Ihr ihn von allem Wissen fern — denn lernt der Bauer nur erst denken und fühlen, kommt er zum Bewußtsein, welcher frevelhafter Mißbrauch mit ihm getrieben wird — dann, Ihr stolzen Bojaren, geht Eure Herrschaft zu Ende!“

„So spricht nur ein Rebell, ein gottvergessener Empörer!“ zischte Swan Stepanowitsch. „Denke an Sibirien, Peter Michailowitsch!“

„Ich bin ein freier Russe, Knjas, und kein Rebell, das merke Dir!“ Drohend rief es der hünenhafte Alte und pflanzte sich dicht vor dem Fürsten auf. „Dann, seine Stimme etwas herabdrückend, fuhr er fort: „Und warum sollte aus einem einfachen Bauernohne nicht auch ein gebildeter Mann werden und aus einem Bauernmädchen ein geistvolles Weib? Der Bauer hat nicht geringere



England, Holland und Frankreich in den dringenden Fällen. Die nächste Versammlung findet statt während des Weihnachtstages. Das Bureau wird am Ende dieses Jahres einen Bericht über seine Tätigkeit ausgeben, und später einen Bericht über die Stärke der Sozialdemokratie in allen Ländern mit einer Sammlung der internationalen Kongressbeschlüsse.

Ein schönes großes Volkshaus haben sich die organisierten Arbeiter in Bergen (Norwegen) erbaut. Das stattliche Gebäude enthält u. a. einen großen Musiksaal, Konversations-, Les- und Vereinszimmer, Komptoire der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, Redaktions-, Expeditionen, Lokale und Druckerei des Parteiorgans „Arbeidet“, einen größeren Versammlungsraum, einen großen Festsaal, ein besonderes Damenzimmer und Lokale für eine Wäuderei.

**Der Sozialismus in Sibirien.** Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens hat bekanntlich in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Der riesige Einwandererstrom, der sich jedes Jahr über das ganze Land ergießt und den wilden Boden in Acker verwandelt, hat die Bevölkerung Sibiriens in einem kurzen Zeitraum stark vermehrt. Neue Ansiedlungspunkte und Dörfer schließen wie Pilze aus dem Boden und längst der Eisenbahnlinie tauchen schon hier und dort Werkstätten und kleinere Fabriken auf, der Export der sibirischen Produkte hat verschiedene neue Erwerbszweige ins Leben gerufen, mit einem Wort, das alte Sibirien tritt in die Reihe der Länder mit modernen Produktionsverhältnissen ein. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß auch in Sibirien der Bauer in immer größerer Abhängigkeit von dem Wucherer kommt und die ganze bäuerliche Bevölkerung, die früher auf ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit stolz war, nähert sich dem Proletariat. Mit der Verschärfung der ökonomischen Stellung der Masse nimmt auch ihre Ausbeutung zu; sie versucht sich wohl zu wehren, doch in einer Weise, die keine bleibenden Erfolge geben konnte. Im Jahre 1899 rächten sich die an den sibirischen Bahnbauten beschäftigten Arbeiter an ihren Ausbeutern dadurch, daß sie die hölzernen Brücken in Brand steckten. Ein Streit, den sie unternommen hatten, war erfolglos verlaufen, da die Streitenden durch deportierte Zwangsarbeiter ersetzt worden waren. Ein Versuch, die Arbeiter zu organisieren und sie mit Agitationsliteratur zu versorgen, ist erst in letzter Zeit gemacht worden, es fehlte aber an einer leitenden Stelle, welche die Aufklärungsarbeit hätte planmäßig vornehmen können. Eine solche ist nun durch die Begründung eines sibirischen sozialdemokratischen Bundes geschaffen. „Mit der Fertigstellung der sibirischen Bahn“, schreibt das Zentralkomitee in einer Flugschrift, „nähert sich Sibirien immer mehr Rußland. Es ist darum sehr wichtig, daß die revolutionäre Bewegung der russischen Arbeiter nicht ohne Wiederhall und Unterstützung bei ihren sibirischen Genossen bleibt, um so mehr, da die Zahl der in Sibirien in verschiedenen Gewerben und an der Bahn beschäftigten Arbeiter mehrere Hunderttausende beträgt. Die sibirischen Arbeiter sind aber sehr wenig von der Propaganda berührt und sind mit den Aufgaben der gegenwärtigen Arbeiterbewegung vollständig unbekannt; ihre Kämpfe tragen noch keinen organisierten Charakter. In der letzten Zeit sind wohl an verschiedenen Orten Organisationen zum Zweck der revolutionären Aufklärung entstanden und mehrere von ihnen entfalten auch eine erfolgreiche Tätigkeit, doch sie alle wirken getrennt, kein einigendes Band umschließt sie. Indem wir eine solche Lage der Dinge als schädlich anerkennen und indem wir der sozialistischen Propaganda in Sibirien weiteren Boden schaffen wollen, hat eine von den sibirischen Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den Vertretern anderer Städte den sibirischen Bund organisiert, der hiermit seine Konstituierung bekannt gibt. Zu gleicher Zeit erachtet der Bund für notwendig, auch seine Ziele und die Mittel, die er zu ihrer Erreichung anwenden will, näher zu formulieren. Das Ziel des Bundes ist die Entwicklung des Selbstbewußtseins der sibirischen Arbeiter, die Propaganda der Idee des Kampfes für die politische Freiheit und den Sozialismus, ihre Vereinigung auf diesem Boden in eine feste sozialdemokratische Organisation und die Verschmelzung der sibirischen Arbeiterbewegung mit der russischen und den Arbeiterparteien der ganzen Welt. Zu diesem Zwecke ergreift der Bund die Initiative, in allen größeren Zentren Sibiriens Komitees zu begründen, deren Pflicht es sein wird, die örtlichen Arbeiter zu organisieren sowie die Arbeiterverhältnisse zu studieren. Um Sibirien rechtzeitig und regelmäßig mit illegaler Literatur zu versorgen, hat sich der Bund ins Einvernehmen mit den russischen revolutionären Organisationen in Rußland und im Auslande geeinigt. Der Bund wird sich nicht nur

mit der Literatur begnügen, die außerhalb der Grenzen Sibiriens erscheint, er wird auch für periodisch erscheinende Schriften in Sibirien sorgen. Vor dem 1. Mai und bei allen wichtigen Gelegenheiten wird der Bund Flugblätter verteilen mit dem Zweck, revolutionäre Manifestationen hervorzurufen.“ Zum Schluß bittet der Bund alle Freunde der Arbeiterfrage um materielle und ideelle Unterstützung.

## Aus Ruß und Fern.

**Kleine Chronik.** Wie aus Thorn gemeldet wird, verurteilte die dortige Strafkammer den Arbeiter Theophil Klenczewski aus Gamschen zu acht Jahren, den Arbeiter Johann Kwiatkowski zu vier Jahren Zuchthaus und den 16jährigen Sohn des letzteren zu fünf Monaten Gefängnis. Diese drei hatten in der letzten Neujahrsnacht das Erbgräbnis des Rittergutsbesizers von Wolff zu Gronowo erbrochen und elf Särgen, die zum Teil verrotten waren, gewaltsam geöffnet, deren Inhalt durchwühlt und von den Leichen zwei wertvolle Ringe entwendet. Die Ehefrau des Klenczewski, die der Anstiftung zu dem Einbruch beschuldigt wurde, hatte sich kurz vor ihrer Verhaftung durch einen Schnitt in die Kehle entleibt. — Da die Typhusepidemie in Schweidnitz (Schlesien) als erloschen angesehen wird, werden nach der „Schles. Ztg.“ die dort stationierten und zur Zeit nach dem Truppenübungsplatz Lamsdorf übergeführten Truppen am Dienstag wieder nach ihrer Garnison zurückkehren. Auch in Deutchen darf die Gefahr der Typhusepidemie als beseitigt gelten; sonst liegen in den Garnisonen des 6. Armeekorps nur ganz vereinzelte Typhusfälle vor. Nur in Neisse steigt die Zahl der Typhuserkrankungen beim 6. Pionier-Bataillon, wo 9 Fälle vorgekommen sind. — Der Polizeibericht meldet, daß in Berlin am Montag nicht weniger als fünf Personen in ihren Wohnungen erhängt aufgefunden wurden. Auch ein Grabmesser für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse! — Eine gemeine Kirchenhändlerin hat in einer der letzten Nächte in dem Gottesdienste zu Mariendorf bei Berlin stattgefunden. Rohe Burlesken sind durch die Fenster in das Innere der Kirche eingebracht, haben einen großen Theil der Sitzbänke sowie den Altar umgeworfen und stark beschädigt. Den Engelsgefallen, die unter dem Orgelchor angebracht sind, haben die Bandanten die Gliedmaßen abgeschlagen und auch das Orgelwerk bei ihrer Zerstörungsarbeit nicht verschont. Außerdem ist das Innere der Kirche in hier nicht wiederzugebender Weise verunreinigt und besudelt worden. Von den ruchlosen Thätern fehlt bis jetzt jede Spur. — Der frühere Reichstagsabgeordnete und Stadtrat Fernand Bueb von Mühlhausen (Elsaß-Lothringen), welcher unlängst im Verlaufe eines Wortstreits eine Frau mit einem Beistehenstiele bearbeitete, wurde vom Nürtinger Schöffengericht wegen Mißhandlung zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. — Durch die Explosion des großen Kochessels der Cellulosefabrik in Pöbgora am Montag Abend wurde nach einer Meldung aus Görz ein Arbeiter getödtet, einer schwer und fünf leicht verletzt. — Aus Petersburg wird gemeldet: Unweit Schirjajewo verbrannte der große Dampfer „Priroda“. Sieben Menschen verloren ihr Leben.

**Verhungert.** In einer Laube auf dem unbauten Gelände zwischen der Brenzlauer Allee und der Dunderstraße in Berlin wurde die Leiche des Händlers Eduard Engel in aufgefunden. Allem Anschein nach ist, wie der amtliche Bericht besagt, der Tod in Folge mangelhafter Ernährung eingetreten. Und trotzdem ist die Reichsregierung, aus Liebe zu den Agrariern, drauf und dran, noch die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern!

**Einer bemerkenswerthen Wohlhabenheit** scheint sich die Gemeinde Spielhagen in der Westpreignitz zu erfreuen. Wie gemeldet wird, hat das Dorf seit 30 Jahren keinen Ortsarmen gehabt. Da auch auf absehbare Zeit keine Aussicht vorhanden ist, daß die Gemeinde einen Armen zu unterhalten haben wird, so ist jetzt beschloffen worden, das Armenhaus auf Abbruch zu verkaufen.

**Die Schützlinge der deutschen Gerechtigkeit.** Wegen Landfriedensbruch wurden am Sonnabend vor der Zürcher Strafkammer fünf Arbeiter zu insgesamt 16 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Anlaß liegen die Vorgänge anlässlich eines Streiks in der Regerschen Glaschleiferei zu Grunde. Am 15. April d. J. brach der Streik aus. Am 18. April Abends um 7 Uhr — es dunkelte bereits — hatten sich vor der in der Theaterstraße gelegenen Fabrik Hunderte von Menschen angeammelt. Auf Anrathen zweier Schutzeleute verließen die Arbeitswilligen — von denen eine ganze Anzahl schwer vorbestraft ist, wie in öffentlicher Magistratsitzung festgestellt wurde — die Fabrik

durch den hinteren Ausgang. Trotzdem wurden sie von der Menge bemerkt, die ihnen theilweise bis zur Polizeistation am Ludwigsbahnhof folgte. Unterwegs wurden Rufe wie: „Streitbrecher!“ usw. laut. Zwei Mal wurde geworfen. Die beiden Steine waren nach Aussage des Belastungszeugen Kellermann, der von einem Stein in den Rücken getroffen wurde, „so groß wie drei Fingerspitzen“. Jemand eine Verletzung oder auch nur einen blauen Fleck hat Niemand davongetragen. Wer die Steine geworfen hat, wurde nicht festgestellt. Auch nicht einmal die Vermuthung wurde ausgesprochen, daß einer der Angeklagten geworfen haben könne. Da sich — nach Angabe der Belastungszeugen — eine große Anzahl Kinder unter der Menge befand, liegt die Wahrscheinlichkeit auch viel näher, daß diese die beiden Steine geworfen haben. Ebenjowenig wurde den Verurteilten bewiesen, daß sie die Arbeitswilligen beleidigt haben. Und trotzdem dieses Urtheil. Der Staatsanwalt stützte seine Anklage hauptsächlich auf die Aussage des früheren Ruchlers und nachherigen Arbeitswilligen Johann Böhl, eines vorbestraften Menschen, gegen den zur Zeit wieder ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung (Messertocherei) schwebt. Zur Charakteristik dieses Kronzeugen sei noch angeführt, daß er seinen eigenen Bruder, den Maschinenarbeiter Mag Böhl, einen bei seinen Kameraden ob seines kollegialen Verhaltens hochachteten Arbeiter, beim Arbeitgeber denunzierte und ihn außer Brod zu bringen suchte. Das brüderliche Beginnen des Biebermannes war aber erfolglos.

**Der Wille zur Freiheit.** Aus Stockholm wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Während der jüngsten Monate hat sich die ganze akademische Welt Schwedens in großer Aufregung befunden; eine Professur der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft an der Universität zu Lund war frei geworden und von allen wissenschaftlichen Kreisen wurde Dr. phil. Knut Wikfall als der bestqualifizierte Kandidat für diesen Posten bezeichnet. Die Geistlichkeit jedoch erhob gegen seine Kandidatur den energischsten Protest, weil Wikfall als Freidenker bekannt ist und weil er mit einer Norwegerin einen Ehebund geschlossen, ohne geistliche Dienste in Anspruch zu nehmen und auch ohne das Standesamt zu bemühen. Dr. Wikfall und die Norwegerin hatten sich damit begnügt, in Anwesenheit eines Kreises von Freunden feierlich zu erklären, daß sie sich von nun an als Mann und Frau ansehen. Dieser Bund dauert bereits mehrere Jahre, scheint überaus glücklich zu sein und Niemand — mit Ausnahme der Geistlichkeit — hat Aergern daran genommen. Als Gegenprotest gegen den Protest der Geistlichkeit hatten die vier schwedischen Universitäten, Lehrer wie Studenten, Resolutionen angenommen, welche die Kandidatur Wikfalls unterstützten — und der König hat die Ernennung nunmehr vollzogen! Die Geistlichkeit bekreuzt sich.

**Der Londoner Nebel.** Aus London wird gemeldet: Der seit Sonnabend hier herrschende Nebel hat eine allgemeine Störung nach sich gezogen. Alle Eisenbahnzüge treffen mit bedeutenden Verspätungen ein; die Schifffahrt auf der Themse ist eingestellt. Viele Fabriken mußten gleichfalls den Betrieb einstellen. Der Schaden der Verkehrs-Institute, wie auch besonders der der Theater ist ein bedeutender; bei den letzteren wird er auf eine halbe Million Pfund geschätzt. Bis jetzt sind 186 Unglücksfälle zu verzeichnen, die sich Sonnabend, anlässlich des dichten Nebels, zugetragen haben. Die Zahl der Verirrten belief sich auf 2 tausende.

**Sektierer-Befehung.** Wie man in Rußland die Sektierer zur Orthodogie befehrt — schilderte in einer Rede der Adelsmarschall der Provinz Sibirien, Herr Stachowitsch, auf dem jüngst in Orel abgehaltenen Kongress der hauptsächlich mit der Sektierer-Befehung beschäftigten Pfaffen. „Es wurden die als Stundisten verdächtigen Bauern mit Zustimmung der Zivilbehörden eingesperrt, auf einen Tisch ein Heiligenbild aufgestellt und dann die Sektierer einzeln vorgeführt. „Küsse!“ „Ich will die Götzen nicht küssen!“ „Ach so!“ Und der Trostspott wird sofort auf der Wand langgestreckt und durchgeprügelt. Die Schwächeren bekanneten sich schon nach der ersten Tracht Prügel wieder zur Orthodogie, die Stärkeren — haben sie bis vier Mal ausgehalten.“ In einem anderen Dorfe in derselben Provinz hat Herr Stachowitsch auf seine Anfrage, wo denn viele Stundisten des betreffenden Dorfes geblieben seien, von dem Dorfspoplen folgende Antwort erhalten: „Durch Gottes Gnaden sind sie nach Transkaukasus und Sibirien verbannt.“ In der That, der Gott der russischen Orthodogie ist gnädig!

Fähigkeiten, nur wollen sie gepflegt und ausgebildet sein — aber in der Freiheit. Und die Schule ist da für jeden Freien, Knjas.“

„Aber nicht für das dumme Bauerngebilde“, entgegnete der Boyar mit eisigen Selbstbewußtsein und bekräftigte seine Meinung durch einen gewaltigen Faustschlag auf den Tisch. „Wie es ehle und aneble, Hage und dumme Thiere giebt, so giebt es auch Menschenthierchen von verschiedener Güte. Das ist ein gültiges Gesetz! Dem Bauer entnommenen Bauernkinder. Der Spatz auf dem Dache lernt nicht fliegen wie die Nachtigall.“

„Und wenn es so wäre, wie Du sagst, Jwan Stepanowitsch“, rief der Knjas mit faulenden Augen, „wenn der Bauer bisher dümmere und geringwertiger zur Welt gekommen ist, weil, wie Du meinst, seine Eltern und Vorfahren dumme und schlecht waren — so frage ich Dich, Knjas, wer hat diese Bauernkinder verdummt und verborben? Die Leibeserbschaft, die Kante und der Stolz, die haben den armen Bauer zu Grunde gerichtet, ihn geistig todt und körperlich elend gemacht. Und das ist Euer Werk, Ihr graunhaften Barbaren, Euer Werk!“ — Aber gib Acht, Knjas Jwan Stepanowitsch! Dies wird nicht für alle Ewigkeit so bleiben. Euer Herrschaft wird einst zu Ende gehen, wie sie in den Staaten des Abendlandes zu Ende gegangen ist. Nur in der Freiheit kann der Mensch gedeihen. Auch dem russischen Hörigen wird die Erlösungshand schlagen. Dann wird er erwachen aus dem geistigen Schlaf, er wird aufleben und sich erheben, sobald der Druck von ihm genommen. Langsam zwar wird es gehen, sehr langsam, denn zu tief hat Ihr ihn in den Sumpf gestochen, aber es wird gehen, und das russische Volk wird sich thätiger, lebensmüthiger entwickeln von Schlaf zu Schlaf.“

„Kampflich klangen die Worte des christlichen Aler-

Scharf und schneidend trafen sie das Ohr des wilden Herrschers und brachten auf ihn eine fast lähmende Wirkung hervor.

Er war wüthend, einen einfachen Bauern, der das graunhafte Spiel der Mächtigen durchschaute hatte und freimüthig seine Meinung äußerte, im Redekampf sich unterlegen zu lassen. Noch wüthender war er, Peter Michailowitsch nicht mit schlagenen und unantastbaren Argumenten widerlegen zu können. Aber Wuthansbrüche nahmen bei Knjas Jwan Stepanowitsch oftmals einen ganz unerwarteten Verlauf. Lächerliche Kleinigkeiten konnten ihn in Raserei versetzen, bei wirklich gewichtigen Anlässen dagegen blieb er ruhig, unbeweglich. Freilich waren es dann Momente überwältigender Jähzornes, einer Wuth, die ihn einfach erstarrten, stumm und ohnmächtig werden ließ.

So auch jetzt. Er bewegte nur den Mund, rang nach Athem, starrte minutenlang seinen Gegner an, der mit trotziger Ueberlegenheit vor ihm saß, und nur das konvulsive Zucken der Gesichtsmuskeln verrath die gewaltigen Stürme, die in seinem Innern tobte.

Eine lange Pause entstand, welche genügte, den Grimm des Fürsten zu verwehren und ruhigen Erwägungen Platz zu machen.

Dann grollte er mit dumpfer, erregt zitternder Stimme:

„Sag, wahnwüthiger Schächer, wo hast Du diese hirnverrückten Ideen her? Der Bauer kann nur glücklich sein, wenn er mit Leib und Seele dem Edelmann gehört und niemals, niemals wird im heiligen Rußland ein anderer Zustand Boden finden, das sag ich, Jwan Stepanowitsch! Hörst Du? Sieh Dich um im Abendlande, blödsinniger Thor! Dort, wo das niedere Volk frei geworden ist, nehmen Raubpreden und Beteln, Raub und Diebstahl, Elend und

Laster überhand. Der Plebs ist unfähig, die Freiheit zu ertragen. Er mißbraucht Freiheit und Wissen, lehnt sich auf gegen Gott und die Obrigkeit und trachtet selbst den von Gott gesalbten Herrschern nach dem Leben. Die Freiheit schadet auch dem russischen Bauer, wie ihm Wissen und Bildung schaden. Sieh Acht, dummer Träumer, und denke an meine Worte: Dein Junge und die Dirne, die kommen nimmer heil an Leib und Seele zurück! Vielleicht kommt die Zeit, da Du als gramgebeugter Greis betteln gehen wirst, weil die Kinder Dein Hab und Gut verpraßt haben. Dann wirst Du Deinem dummen Hochmuth und der gepriesenen Freiheit fluchen, die Dich und Deine Kinder nur ins Unglück gebracht.“

„Nein, Knjas, Sergei und Annuschka sind zu brave Kinder, um Schande über ihren Vater zu bringen“, brauste Michailowitsch mit stolzer Entrüstung auf. „Sergei und Annuschka sollen Dir beweisen, was aus schlichten Bauernkindern werden kann durch Freiheit und Erziehung. Sie werden Dir zeigen, daß Ihr Boyaren lügt, wenn Ihr hochmüthig meint, Gott habe den Bauern aus schlechterem Stoff gemacht als den Edelmann. Doch ich will Dir noch etwas erzählen, um Dich tüchtig zu ärgern und nebenbei zu zeigen, wie wenig die Bildung und Erziehung gerade dem Boyaren nützt. Also höre, mein theurer Freund und Feind.“

Peter Michailowitsch ließ die Stimme sinken und begleitete seine Rede mit einem vieltragenden Lächeln.

„Vorhin sprachst Du höhnisch von meinem Einauge, Knjas. Es sind nun über dreißig Jahre her, daß ich Gottes schöne Welt mit nur einem Auge schauen darf. Wir waren damals beide junge, stattliche Burtschen, Du der hoffnungsvolle Sproßling eines alten, mächtigen Boyarengeschlechts und ich der Sohn eines armen, vielgeplagten Bauern.“

(Fortsetzung folgt.)